

Regenwald Report



- **Mord an Dorothy Stang**
- **Weltbankkredite für Landräuber**



Rettet den Regenwald e.V.

Rainforest Rescue
Friedhofsweg 28
22337 Hamburg
Tel. 040 - 410 38 04
Fax 040 - 450 01 44

info@regenwald.ORG
www.regenwald.ORG

Spendenkonto:
Sparda-Bank Hamburg
Kontonummer 0000 600 463
BLZ 206 905 00

IBAN: DE50 2069 0500 0000
6004 63
BIC GENODEF1S11

Impressum:

Titelfoto: Carlos Silva / Corbis
Herausgeber Reinhard Behrend
(v.i.S.d.P.); Redaktion: Werner Paczian (Leitung), Inge Altemeier, Fotos: Feri Irawan (Walhi), Gustav Krammer, Fase-ES, Ulrike Bickel, Jan Maarten Dros/AIDenvironment, bothEnds, urgewald

Druck:

Brühlische Universitätsdruckerei, Gießen

Rettet den Regenwald e.V. ist vom Finanzamt als gemeinnützig und „besonders förderungswürdig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig. Förderer und Spender erhalten den Regenwald Report kostenlos.

Der Regenwald Report wird auf Recycling-Papier gedruckt

Ist Ihre Adresse noch korrekt, oder hat sich etwas geändert? Bitte prüfen Sie den Aufkleber und teilen Sie uns eventuelle Änderungen mit.

Liebe Freundinnen und Freunde des Regenwaldes

Anfang des Jahres war ich in der Provinz Aceh im Norden von Sumatra, wo der Tsunami so schlimm wie sonst nirgendwo zugeschlagen hat. Im Gepäck hatte ich rund 25.000 Euro von Rettet den Regenwald – Geld, das Sie damals schnell und reichlich gespendet haben.

Die Arbeit von Walhi, einem Netzwerk von rund 440 indonesischen Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, ist enorm wichtig. Von den vielen Menschen, die sich unter dem Dach von Walhi Aceh versammelt haben, soll ich Ihnen ausrichten, dass die Überlebenden ohne Sie alle nicht weiter machen können. Dabei geht es nicht nur um Geld, sondern auch um das Gefühl, nicht allein gelassen zu werden mit den traumatischen Erfahrungen.

Die Spendenaktion von Rettet den Regenwald hat bisher 81.000 Euro erbracht, die Walhi-Aceh zur Verfügung gestellt wurden. Konkret wurden von Ihren Spenden unter anderem Kommunikationsmittel gekauft. Während meines Aufenthalts im Walhi-Haus in Aceh kamen immer wieder Leute zusammen, die sich seit dem Desaster nicht gefunden hatten und jetzt dank der Telefone aufgespürt werden konnten.

Walhis künftiger Schwerpunkt ist ein Mangroven-Aufbauprogramm, hierfür konnte ich auch das Umweltministerium NRW gewinnen. Dank der vielen Spenden wird gepowert, besonders an der Kampagne gegen die illegale Abholzung. Vor kurzem wurde ein Walhi Mitarbeiter im Schutzgebiet Borog Leuser verhaftet, weil er sich mit anderen Leuten den Abholzern in den Weg gestellt hat. Herwin von Walhi Nord Sumatra ist vor Ort und versucht, den Kollegen aus dem Knast zu kriegen und die Aktionen weiter laufen zu lassen

Es gibt inzwischen leider gehäuft Malaria in Aceh, einer von den freiwilligen Aufbauhelfern ist daran gestorben. Nachdem die Bundeswehr-Ärzte wieder abgezogen sind, müssen die Menschen in Aceh für medizinische Behandlung bezahlen. Ich habe erlaubt, einen Teil der Spenden für die Malariabehandlung einzusetzen. Aiqun und seine Frau Intra leisten psychologische Hilfe für Familien, die Waisenkinder aufgenommen haben. Auch hierfür gibt es einen Fonds.

Besonders gutes gibt es aus der Provinz Jambi auf Sumatra zu berichten. Walhi ist es dort gelungen, einen Bürgermeister hinter Gitter zu bringen. Der Herr hatte gefälschte Abholzkonzessionen verkauft und ist jetzt tatsächlich rechtskräftig verurteilt.

Ich möchte mich noch einmal für Ihre Unterstützung bedanken. Die Arbeit von Walhi muss dringend weiter gehen. Bitte helfen Sie mit Ihrer Spende.

Herzliche Grüße oder Salam Hangt aus Aceh

Inge Altemeier Hornung

Inge Altemeier Hornung

Vertreibung der Guarani-Kaiowá verhindert **Brasilianische Bundesjustiz schützt Lebensraum von 500 Indigenen**

Die Bundesgerichtsrätin Anna Maria Pimentel hat in einer Entscheidung das Bleiberecht für 500 Indigene vom Volk der Guarani-Kaiowá in dem Gebiet Nhande Ru Marangatu gesichert. Es liegt in der Gemeinde Antônio João im Bundesstaat Mato Grosso do Sul. Der Landstrich Nhande Ru Marangatu wurde im Oktober 2004 auf einer Fläche von 9.300 Hektar als Indianerreservat demarkiert. Vorher hatten die Guarani-Kaiowá auf einer Fläche von 26 Hektar leben müssen. Örtliche Fazendeiros hatten gegen die Demarkierung des Reservats geklagt und beim Bundesgericht in erster und zweiter Instanz Erfolg. Das jetzt ergangene Urteil wurde von den Indigenen mit großer Erleichterung aufgenommen, weil sie in jedem Fall in ihrem Gebiet bleiben wollen.

Zoll schützt Schlangen und Co. **Neuer Internet-Service für Touristen zum Artenschutz**

Artenschutz im Urlaub - unter diesem Motto steht das neue Informationsangebot von Zollverwaltung und Bundesamt für Naturschutz. Unter www.artenschutz-online.de können sich Touristen künftig präzise und stets aktuell über geschützte Tiere und Pflanzen oder daraus hergestellte Produkte informieren. Weltweit sind etwa 8.000 Tier- und 40.000 Pflanzenarten gefährdet oder unmittelbar von Ausrottung bedroht. Ein Grund hierfür ist auch der starke Zuwachs im Ferntourismus. Immer wieder muss der Zoll Korallen, Riesenmuscheln, Orchideen, Elfenbeinschnitzereien oder Lederwaren aus Schlangenleder beschlagnahmen, weil die Bestimmungen des internationalen Artenschutzrechts nicht beachtet wurden. Durch die Nutzung des Internets wird es möglich, sich vor Reiseantritt, insbesondere aber auch im Urlaubsland selbst umfassend und schnell über die internationalen artenschutzrechtlichen Bestimmungen zu einer bestimmten Tier- oder Pflanzenart zu informieren. Neben Fotos von lebenden Tieren und Pflanzen enthält die Datenbank auch Abbildungen von Erzeugnissen in der Form, wie diese üblicherweise zum Beispiel auf Märkten angeboten werden.



Zertifizierter Kahlschlag in Sarawak **Penan protestieren gegen die Abholzung ihrer Urwälder**

19 Penan-Anführer und mehrere Hundert sesshafte und halbsesshafte Penan aus dem abgelegenen Ulu Baram-Gebiet auf Borneo (Malaysia) haben mit einem Brief gegen die Zertifizierung eines der letzten zusammenhängenden Urwaldgebiete in der Provinz Sarawak für angeblich nachhaltigen Holzschlag durch den malaysischen Holzkonzern Samling protestiert. Sie verlangen die sofortige Rücknahme des Zertifikates und fordern Samling auf, die Zerstörung ihrer Urwälder zu beenden.

Die betroffenen Penan wurden vor der Zertifizierung nicht konsultiert. Rund 80 Prozent des zertifizierten Konzessionsgebietes sind traditionelle Penan-Territorien. Wie Satellitenbilder zeigen, ist die von Samling in der betroffenen Konzession betriebene Forstwirtschaft alles andere als nachhaltig: bereits in geringer Auflösung sind die massiven Zerstörungen des Waldes durch die Holzfälleraktivitäten sichtbar.

Solarstrom für eine Milliarde Menschen **Langfristig 60 Prozent Sonnenenergie möglich**

Bereits 2020 können mehr als eine Milliarde Menschen mit Solarstrom versorgt werden, so eine neue Studie vom europäischen Industrieverband für Photovoltaik. Nach Angaben der Autoren lassen sich dadurch jährlich rund 170 Millionen Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid einsparen. Dies entspricht den Emissionen von 75 Kohlekraftwerken. Weltweit wird die Solarbranche mittelfristig über zwei Millionen Menschen Arbeit bieten.

Bis 2040 könnten 20 Prozent der weltweiten Stromversorgung aus Solarenergie gedeckt werden. In den folgenden Jahrzehnten kann ihr Anteil sogar auf über 60 Prozent gesteigert werden, prognostiziert der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Im Mix mit Wasser- und Windkraft, Geothermie und Bioenergien wäre nach Expertenmeinung langfristig gar eine Vollversorgung aus Erneuerbaren Energien möglich.

Geheime Ölstraße entdeckt **Wissenschaftler wollen Yasuni-Park in Ecuador retten**

Wissenschaftler aus Ecuador und den USA haben auf Satellitenbildern eine geheim gebaute Straße entdeckt, die durch die Pufferzone des Yasuni Nationalparks führt. Die vom US Konzern Occidental Petroleum Corporation (Oxy) angelegte „Ölstraße“ führt durch primäre Regenwälder und das Stammesgebiet der Quichua. In einem Brief an Oxy-Chef Ray Irani haben weltbekannte Wissenschaftler gegen die Straße protestiert, darunter die Affenforscherin Jane Goodall.

**Wer ein
Jahresabonnement
des Regenwald Reports
verschenken möchte,
sendet uns einfach
10 Euro im Briefum-
schlag.
Empfängeranschrift bitte
nicht vergessen!**



Unter großer Anteilnahme fanden die Trauerfeierlichkeiten zum Tod von Dorothy Stang statt, die bis zu ihrer Ermordung für die Landlosen und den Regenwald gekämpft hat

Der Tod der Nonne Dorothy Stang traf Brasilien wie ein Schock. Seit 1988 der Gummizapfer Chico Mendes ermordet wurde, hat sich in Amazonien wenig geändert – weil die Regierung die unklaren Eigentumsverhältnisse nicht regelt

Mord an Schwester Dorothy Stang

„Dies ist meine Waffe,“ sagt Dorothy Stang und nimmt ihre Bibel. „Selig sind, die da hungern und dürsten nach Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden“, liest die 73-jährige Nonne.

Doch ihr Gegenüber zeigt sich von solchen Worten unbeeindruckt. Mit sechs Schüssen streckt Rayfran das Neves Sales (27) die Ordensfrau nieder. Wenige Tage später sind der Täter und zwei Helfershelfer verhaftet. Der eindeutig identifizierte Auftraggeber, ein Farmer und Sägewerksbesitzer, soll ihnen umgerechnet 15.000 Euro versprochen haben. Doch einen Monat nach dem Mord ist er immer noch nicht gefasst.

„Schwester Dorothy wurde von jenen ermordet, die Amazonien nur für sich wollen, die das Land ausbeuten, wenn es sein muss, auch mit Waffengewalt“, predigte Bischof Erwin Kräutler vom Bistum Xingu auf der Beerdigung der Nonne, die 1966 aus den USA nach Brasilien gekommen war: „Sie träumte von einem anderen, einem gerechten und solidarischen Amazonien, wo alle das Recht auf Leben haben, das Recht auf Aussaat und Ernte.“

Weit über Brasilien hinaus ist Dorothy Stang zur neuen Symbolfigur des Widerstandes gegen die Zerstörung des Regenwaldes geworden – vergleichbar mit dem Kautschuksammler Chico Mendes, der Ende 1988 von Großgrundbesit-

zern erschossen wurde. Wenig später stand Amazonien auf der Agenda der Weltpolitik. Im westlichen Bundesstaat Acre nahmen Sammlerreservate für die Gummizapfer Gestalt an, wie sie Mendes immer wieder gefordert hatte. Nun könnte auch der Mord an Stang zu konkreten Reformen in Amazonien führen, hoffen AktivistInnen und ExpertInnen.

Grillen und Landklau

Die wichtigste Ursache der Konflikte, vor allem im Bundesstaat Pará, der dreieinhalb mal so groß ist wie Deutschland, ist die illegale Aneignung von öffentlichem Land. Die Täter heißen



Trauerfeier für die ermordete Dorothy Stang: „In Anapu habe ich ein von Pistoleiros eingeschüchtertes Volk vorgefunden“, sagt ihr Bruder David

„grileiros“: Um gefälschte Dokumente älter wirken zu lassen, stecken die Landdiebe sie gerne in Schachteln voller Grillen. Angebliche, längst hinfallige Konzessionen, etwa für die Ausbeutung von Kautschuk, werden anschließend in abgelegenen Notariaten beglaubigt. Dadurch lassen sich Ansprüche auf das Land ableiten. Wenn staatliche Stellen derartige „Landtitel“ anerkennen, kann man sie bequem weiterverkaufen.

Die Landdiebe bleiben in der Regel ungeschoren. Obwohl sich beispielsweise ab 1975 ein Phantom namens Carlos Medeiros auf diese Weise eine Fläche von der Größe Portugals aneignete, ist es seither nicht gelungen, diese illegalen Titel zu annullieren und die dahinter stehenden Spekulanten zu verurteilen.

Damals lockte das Militärregime Unternehmer und Kleinbauern nach Amazonien, um die Region zu „entwickeln“ und Landkonflikte anderswo zu entschärfen. Auch dabei wurden selten klare Eigentumsverhältnisse geschaffen. Und anders als bei der Kolonialisierung der USA gab es in Brasilien nie Obergrenzen für erlaubten Landbesitz. Heute bieten manche „grileiros“ Grundstücke auf Satellitenfotos im Internet an, aber unverändert gilt das Gesetz des Stärkeren.

Der Kreislauf der Zerstörung wiederholt sich tausendfach: Die Holzmafia übernimmt die Abholzung des Tropenwaldes und die Vertreibung der Kleinpächter, die sie zuvor benutzt hat. Anschließend überziehen allmählich Rinderherden die gerodeten Ländereien. Der Fleischexport, auch nach Europa, boomt. Der letzte Schritt ist häufig die Umwandlung

dieser Weiden in weitflächige, hochmechanisierte Sojaplantagen. Die von der Sojalobby mitfinanzierten Straßen wiederum locken weitere Kleinpächter und Holzfäller in den Regenwald. Die Knochenarbeit bei der Rodung und auf den Farmen übernehmen oft arme Zuwanderer aus dem Nordosten, die in sklavenähnlicher Abhängigkeit gehalten werden.

Anapu, wo sich Dorothy Stang für arme Kleinbauern eingesetzt hatte, ist ein Paradebeispiel für diese Entwicklung – und für mögliche Alternativen. Nach dem Bau der Transamazônica-Straße vor 30 Jahren sollten hier Großfarmen installiert werden. Unternehmer sollten nach der Erfüllung eines Fünf-Jahres-Plans 3.000 Hektar große Areale überschrieben bekommen. Doch obwohl die wenigsten Grundstücke intensiv genutzt wurden, forderte der Staat das Land nicht mehr zurück.

23 neue Sägewerke

In den 80er Jahren rodeten arme Kleinpächter die abgelegeneren Teile der Ländereien, und nun dreht sich fast alles ums Holz: Die Einwohnerzahl der 12.000-Quadratkilometer-Gemeinde hat sich in den letzten fünf Jahren auf 30.000 verdreifacht, statt zwei Sägewerke gibt es nun 25. Mit einem Urwaldriesen lassen sich bis zu 5.000 Euro verdienen.

Doch die Menschen vor Ort haben wenig von dem Reichtum: Die Pächter, die ihre Parzellen erschließen, erhalten



Dorothy Stang hatte viele Freunde, aber auch zu viele Feinde



Nach der Festnahme in Anapu wird Rayfran das Neves Sales, der Mörder von Dorothy Stang, nach Altamira gebracht. Foto Mitte: Soll die Tatwaffe besorgt haben - Bida no Forum. Foto rechts: Haben die Tat gestanden - die Festgenommenen Rayfran, Bida und Eduardo (v.l.n.r.)

pro Baum gerade 60 Euro. Oder sie überlassen den Holzfirmen für 1.000 Euro die Erlaubnis, ein Fünf-Hektar-Areal zu roden. In Anapu grassieren Malaria, Wurmkrankheiten und Hunger. In der sechsmonatigen Regenzeit bleiben die Wege auf dem Land weitgehend unpassierbar.

Einen Versuch, den Raubbau zu bremsen, stellen die „Projekte für nachhaltige Entwicklung“ dar, die organisierte Kleinbauerngruppen und Kirchenleute um Dorothy Stang dem Staat in den letzten Jahren abgetrotzt haben. Mit Unterstützung aus Brasília sollten in Anapu 600 Familien den Regenwald nutzen, ohne ihn zu zerstören, etwa durch kontrollierten Holzeinschlag, den Anbau von Grundnahrungsmitteln oder die Verarbeitung einheimischer Früchte.

Seither wurden die AktivistInnen immer wieder von den Mächtigen Anapus und deren Pistoleiros bedroht. Doch im örtlichen Gefängnis sitzen Kleinbauern, selbst gegen Dorothy Stang wurde wegen der „Bildung einer kriminellen Bande“ ermittelt. Dass es auch anders geht, zeigte sich wenige Tage nach dem Mord: Ein Regionalgericht gab grünes Licht für die Übertragung von weiteren 6.000 Hektar Land an die Entwicklungsprojekte.

Bislang war dieses „neue Modell einer Agrarreform“ in Anapu kaum vorangekommen. Unter der Regierung von Fernando Henrique Cardoso (1994 bis 2002) blockierte es der Gouverneur von Pará, ein Parteifreund des Präsidenten. Auch Luiz Inácio Lula da Silva hat sich mit Teilen der regionalen Eliten verbündet. „Sowohl die Landesregierung als auch Brasília waren im Bilde, aber passiert ist wenig,“ sagt José Batista Gonçalves von der katholischen Landpastoral CPT. „Die Regierungen in Pará haben die Holzfäller und die Großgrundbesitzer immer unterstützt, denn die haben viel Geld und auch politischen Einfluss“.

Nun hat Lula weitere Maßnahmen angekündigt, die schon seit zwei Jahren in den Schubladen des Ministeriums bereit lagen: Im Kerngebiet des in Pará noch erhaltenen Regenwaldes, der Terra do Meio, werden Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 50.000 Quadratkilometern eingerichtet. Weitere 80.000 Quadratkilometer entlang der Bundesstraße von Cuiabá nach Santarém, deren Asphaltierung bevorsteht, sollen vorübergehend ganz „blockiert“ werden. Bereits im Dezember hatte das Ministerium für ländliche Entwicklung ein Dekret erlassen, wonach Holzfirmen und Großgrundbesitzer das Anrecht auf die von ihnen genutzten Ländereien nachweisen müssen.

772 Morde

José Batista Gonçalves fordert eine stärkere Präsenz der Bundesbehörden, vor allem der Bundespolizei und der Umweltbehörde. Die gut 2.000 Soldaten, die Lula in die Region geschickt hatte, könnten wenig ausrichten, sagt Gonçalves, denn „für Entwaldung, Landraub, Sklavenarbeit oder die Agrarreform sind sie nicht zuständig“. Durch

die schleppende Zuweisung von Land und die „fast vollständige Straflosigkeit“ würden die Konflikte in Pará ebenfalls angefacht: „Nach unseren sehr unvollständigen Daten sind seit 1971 mindestens 772 Landarbeiter in Pará ermordet worden. Gerade drei Auftraggeber wurden verurteilt, doch hinter Gittern sitzt keiner“.

Auch die anhaltende Unterstützung des Agrobusiness durch Brasília wird von der CPT kritisiert – „Sojakönig“ Blairo Maggi (siehe Artikel auf Seite 10) zählt ebenfalls zu den Verbündeten des Staatschefs.

Die Devisen aus dem Sojaexport tragen dazu bei, dass der Schuldendienst bedient werden kann. Einem neoliberalen Sparkurs fallen auch jene nachhaltigen Konzepte zum Opfer, die Lula noch 2002 im Wahlkampf vertreten hatte und für die Umweltministerin Marina Silva steht.

Daher sei es „wichtig, dass national und international der Druck auf die Regierung anhält“, meint José Batista Gonçalves. „Lula muss sich mit mächtigen Interessen anlegen, sonst bleibt es bei Versprechungen“.

Gerhard Dilger



Der Besitzer dieses Sägewerks soll den Mördern von Stang umgerechnet 15.000 Euro versprochen haben

Land hat mehr Wert als ein Menschenleben

Nachruf auf Dorothy Stang

Von Gustav und Anna Maria Krammer

Die mehrfach ausgezeichnete Missionarin Dorothy Mae Stang wurde am 12. Februar 2005, etwa 50 Kilometer von Anapu entfernt erschossen. Der brasilianische Präsident Inácio Lula da Silva beauftragte Justizminister Márcio Thomaz Bastos sowie die Bundespolizei mit den Untersuchungen. Er ordnete auch an, dass sich die Umweltministerin Mariana da Silva und der Minister für Menschenrechte, Nilmário Miranda, sofort nach Anapu begeben.

Dorothy Stang (74), geboren im Bundesstaat Ohio, USA, gehörte der Kongregation Notre Dame de Namur an und lebte seit 38 Jahren in Brasilien. Schwester Dorothy engagierte sich stets für die Rechte der Armen und landlosen Bauern und arbeitete in vorderster Reihe in Umweltschutz-, Friedens-, Bürger- und Frauenbewegungen mit. Kriegshandlungen lehnte sie ab, wie immer sie auch begründet wurden. Infolge der militärischen Intervention der USA im Irak nahm sie die brasilianische Staatsbürgerschaft an.

Bei der Gründung der Landarbeiterpastoral (CPT) in Pará im Jahr 1976 hat sie wesentlich mitgewirkt und bis zuletzt die regionale Leitung ausgeübt. Die Transamazônica im östlichen Teil der Prälatur am Xingu war seit 1982 ihr Einsatzgebiet. Im Centro Nazaré hatte sie sich eine bescheidene Unterkunft eingerichtet, bis sie nach der Gemeindegründung von Anapu 1996 dorthin übersiedelte.

Die Region von Anapu ist Kolonisierungsgebiet mit allen damit verbundenen Landkonflikten. Dorothy forderte die Umsetzung der Agrarreform und setzte sich für die Ansiedlung landloser Kleinbauern ein. Unermüdlich wies sie auf die ungerechte Besitzverteilung, auf die illegalen Invasionen der Großgrundbesitzer sowie die Ausbeutung der Edelhölzer hin und prangerte diese Menschenrechtsverletzungen an. Sie hoffte auf einen Sieg der Gerechtigkeit und zögerte nicht, die unrechtmäßigen Machenschaften anzuzeigen.

Es gelang ihr, das Nationale Institut für Kolonisierung und Landreform (INCRA) zur Unterstützung der Siedler zu gewinnen. In Anapu wurde 1999 das nachhaltige Entwicklungsprogramm

(PDS) der Regierung als Pilotprojekt für ganz Amazonien begonnen. An die 600 Familien wurden seither in vier PDS-Projekten bei der Ansiedlung und Bestellung ihrer Felder begleitet und beraten. Leider erheben genau auf diese besiedelten Länder Großgrundbesitzer noch immer Ansprüche und verhindern mit ihrem Einfluss die friedvolle Umsetzung weiterer Ansiedlungen. Gemeinsam mit Grundspekulanten und Holzhändlern setzten sie 2001 eine Spirale der Gewalt und Einschüchterung in Gang, bedrohten Dorothy und ihre Mitarbeiter und steckten Häuser und Felder in Brand.



Monatelang hatte Dorothy Behörden, Regierungsstellen und Menschenrechtsorganisationen über die Konflikte informiert, um Maßnahmen und Lösungen zur Kontrolle der Gewalt gebeten. Schließlich kam im Februar 2004 der nationale Beauftragte für Umweltfragen, Jean Pierre, nach Anapu, um sich ein Bild über die Situation zu verschaffen. Drei Monate später tagte in Altamira (140 km von Anapuentfernt) eine parlamentarische Untersuchungskommission des Nationalkongresses zu Landfragen, an der Senatoren und Abgeordnete des Bundes teilnahmen.

In Anerkennung ihres Einsatzes für die Kleinbauern und Landlosen verlieh ihr die Legislative Versammlung des Bundesstaates Pará im Juni 2004 die Ehrenbürgerschaft von Pará. Eine Delegation der Vereinten Nationen besuchte im Oktober 2004 die Landeshauptstadt Belém, um die Unabhängigkeit des Justizsystems zu untersuchen. Als Betroffene von Bedrohungen wurde auch Dorothy zur Anhörung geladen. Für ihre

Verdienste um die Menschenrechte ehrte sie die Rechtsanwaltskammer von Pará im Dezember 2004 mit dem „José Carlos Castro Preis“.

Am 2. Februar 2005 wurden ihre Anklagen bei einer öffentlichen Audienz dem Minister für Menschenrechte, Nilmário Miranda, in Rondon vorgebracht. Als der Minister der Staatsanwaltschaft am 3. Februar 2004 in Belém das Nationale Programm zum Schutz der Menschenrechtsaktivisten präsentierte, war Dorothy anwesend und verwies auf die zunehmende Gewalt.

Die zuständigen Behörden bleiben wie schon so oft zuvor untätig, sei es aufgrund unklarer Kompetenzverteilung, fehlender finanzieller und infrastruktureller Ausstattung, aus Mangel an politischem Willen oder aufgrund der unheilvollen Allianz zwischen Mächtigen und Besitzenden. Das kaltblütige Verbrechen mitten am Tag und auf offener Straße zeigt, wie stark sich die Gegner der Agrarreform fühlen. Ihren „Erfolg“ – die Auslöschung einer unliebsamen Person – haben sie in Anapu mit einem Feuerwerk gefeiert. Unfassbar auch, dass die Zivilpolizei in Belém für den Tod eines Fazenda-Arbeiters einen engen Mitarbeiter von Dorothy verdächtigt, um damit die Gewaltbereitschaft der Siedler zu demonstrieren.

Wider alle Erfahrungen ist zu hoffen, dass die Tat rasch und eindeutig aufgeklärt wird und die Verantwortlichen sowie ihre Handlanger zur Rechenschaft gezogen werden. Frieden, Recht und Gerechtigkeit für die Menschen in Pará, damit sie nicht länger ihre Hoffnungen und Märtyrer in Blut getränkter Erde begraben müssen. Für ein Leben ohne Bedrohung und Angst, für ein Stück Land zum Überleben – für die Verwirklichung dieser Vision hat Dorothy gelebt, dafür ist sie auf so sinnlose Weise gestorben!

Erst der Tod verschaffte ihr jene Aufmerksamkeit, die sie sich zu Lebzeiten für die Sorgen und Nöte der Siedler und Kleinbauern gewünscht hat, damit sich deren Leben zum Guten ändert. Vielleicht finden ihre Kritik, ihr Protest und ihre Anklagen nun doch endlich Gehör!

Gustav Krammer hat jahrelang in Brasilien als Entwicklungshelfer gearbeitet und kannte Dorothy Stang persönlich sehr gut.

Vom Trendsetter zum Bremsklotz

Weltbanktochter IFC will Umwelt- und Sozialstandards abschwächen, obwohl genau das Gegenteil erforderlich wäre, wie viele Umweltorganisationen meinen

Seit die Weltbank in den 80er und 90er Jahren ihre Umwelt- und Sozialstandards entwickelt hat, beziehen sich immer mehr öffentliche und private Finanzinstitutionen bei ihren Auslandsgeschäften in Entwicklungs- und Schwellenländern auf die Standards. Geschaffen wurden diese, um eine Beteiligung der Weltbank und anderer Geldgeber an zerstörerischen Projekten wirksam zu verhindern.

In den letzten Jahren sind diese Standards jedoch von unterschiedlicher Seite zunehmend in die Kritik geraten. Nichtregierungsorganisationen (NGO) weisen darauf hin, dass sie inzwischen veraltet sind und daher nicht länger einen wirksamen Schutz vor ökologischen und sozialen Fehlinvestitionen gewähren. Sie fordern daher die Anpassung des derzeit gültigen Regelwerkes an neuere Entwicklungen im internationalen Recht und bei technischen Standards. Mit dieser Kritik stehen die NGOs nicht alleine da: Interne Weltbankstudien wie zum Beispiel eine Untersuchung der unabhängigen Beschwerdestelle (Compliance Advisor and Ombudsman) kommen zu dem gleichen Schluss, dass die Weltbankstandards dringend einer Stärkung und Aktualisierung bedürfen.

In den Chor der Kritiker mischt sich auch die Industrie, vor allem Kundin bei der Weltbanktochter IFC (International Finance Corporation). Allerdings geht ihre Kritik in die entgegen gesetzte Richtung: sie kritisiert die Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank als zu aufwändig, streitet lautstark für eine „Flexibilisierung“ und wehrt sich damit gegen Mindeststandards.

Schnelle Verwässerung der Standards

Die Kritik der Industrie scheint nun Gehör zu finden. Seit Mitte 2004 steht die Überarbeitung der Umwelt- und Sozialstandards beim IFC auf der Tagesordnung. Inzwischen ist klar: Die Überarbeitung ist eine Abkehr von den bisherigen verpflichtenden und einforderbaren Standards. Das IFC-Management erhält mehr Möglichkeiten, nach eigenem Gutdünken zu entscheiden bis hin zur völligen Aufgabe von Vorgaben. Konkret sollen die bisherigen zehn Umwelt- und Sozialstandards („safeguard policies“) im wesentlichen durch so genannte „performance standards“ ersetzt werden - ob und wie diese Anwendung finden, soll von Fall zu Fall entschieden werden. Insgesamt will der IFC einen Großteil der Verantwortung an die Unternehmen selbst abgeben, die etwa zukünftig allein dafür zuständig sind, Betroffene über geplante Projekte zu informieren und mit ihnen über Kompensationen zu verhandeln. Zahlreiche Einschränkungen räumen den Unternehmen künftig große eigene Interpretationsspielräume ein. Die Einhaltung der Regeln sollen die Unternehmen selbst überwachen. Eine externe Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung soll ebenso wenig wie ein externes Monitoring stattfinden.

Selbst innerhalb der Weltbank stößt das Vorgehen des IFC auf heftige Kritik. Die Umwelt- und die Rechtsabteilung

der Weltbank haben in einer gemeinsamen Stellungnahme vom 2. August 2004 festgestellt, dass das vorgeschlagene IFC Update „eine Wende von einem Modell basierend auf Standards und verbindlichen Vorgaben ... hin zu einem Beratungs- und Richtlinienmodell basierend auf einer Reihe von Prinzipien und mit signifikantem Entscheidungsspielraum bei der Anwendung“ bedeute. Die De-Harmonisierung zwischen Weltbank- und IFC-Anforderungen mache außerdem die Zusammenarbeit schwieriger, weil ein doppelter Standard eingeführt werde.

Pseudokonsultationen

Der IFC vertritt die Position, dass die Überarbeitung seines Regelwerkes im Eiltempo und entsprechend den Erwartungen von Industrie und dem IFC-Management durchgeführt werden sollte. Dabei geht praktisch unter, dass der IFC als Teil der Weltbankgruppe ein Entwicklungsmandat und somit die Aufgabe hat, Armut durch nachhaltige Entwicklung zu bekämpfen. Die Umwelt- und Sozialstandards sollen dabei die Rechte der lokal betroffenen Bevölkerung schützen. Trotzdem kommen gerade diese Betroffenen in dem Prozess kaum zu Wort: Grundlegende Dokumente, über die diskutiert werden müsste, stehen nach wie vor nicht zur Verfügung. Zudem liegen die bereits publizierten Dokumente meist nur in englischer Sprache vor.

Kurzfristig hat der IFC eine Reihe von Konsultationen in unterschiedlichen Regionen der Welt angesetzt, um die eigenen - unvollständig vorliegenden - Änderungsvorschläge öffentlich zur Diskussion zu stellen. Bei der ersten regionalen Konsultation Ende September 2004 in Brasilien lagen die bis dahin existierenden Papiere jedoch erst zwei Tage vorher in spanischer und portugiesischer Übersetzung vor. Dies und eine völlig undurchsichtige Einladungspraxis des IFC führten dazu, dass nur eine Handvoll NGOs anwesend war. Das „Brasilianische Forum der NGOs und sozialen Bewegungen“ verließ zudem am zweiten Tag den Verhandlungstisch. Die Mitgliedsorganisationen begründeten dies mit der mangelnden Bereitschaft des IFC, ihre Kritik an der derzeit mangelhaften IFC-Kreditvergabepraxis ernst zu nehmen.

Kritik an den Konsultationen äußerten bereits Mitte September letzten Jahres 160 NGOs, überwiegend aus dem Süden, in einem gemeinsamen Brief an den damaligen Weltbank-Präsidenten Wolfensohn und IFC-Chef Woicke. Sie kritisierten, dass eine Konsultation ohne diskussionswürdige Papiere Zeitverschwendung und lediglich Beschäftigungstherapie sei. Da die Reaktion der Weltbank auf diesen Brief enttäuschend war, wurden Pseudokonsultationen in Washington, Manila, London und Berlin bereits boykottiert.

Kritikpunkte im Einzelnen

Die eigentliche Aufgabe der Umwelt- und Sozialstandards besteht darin, die Interessen und Rechte lokal betroffener



„Seid willkommen“ steht auf dem Transparent, aber die Landlosen in Brasilien bleiben ohne Perspektive, wenn die Weltbank ihre Standards aufweicht statt sie zu verschärfen

Bevölkerung zu wahren. Die neuen Regelungen höhlen diesen Anspruch jedoch aus. Neben der neuen, generellen Abkehr von verpflichtenden und einforderbaren Regeln lässt sich im Detail feststellen, dass grundlegende Elemente der bisherigen Standards aufgegeben wurden.

Selbst bei ökologisch besonders sensiblen Projekten ist keine unabhängige Umweltverträglichkeitsprüfung mehr vorgesehen. Und statt internationale Konventionen zu Kinder- und Zwangsarbeit direkt als Referenzstandards zu übernehmen, entwickelt IFC ein eigenes, abgeschwächtes Regelwerk. Auch die Verpflichtung auf „Land für Land“-Entschädigung bei Umsiedlungen entfällt. In den letzten 20 Jahren kam jede Untersuchung zu dem Schluss, dass nur „Land für Land“ wirksam entschädigt. Personen ohne verbriefte Landrechte stehen künftig bei Landverlust mit leeren Händen da. Eine angemessene Wiederherstellung ihrer Lebens- und Einkommensverhältnisse ist nicht geplant. Allein diese Bestimmung wird zu einer völligen Verelendung größerer Bevölkerungsgruppen führen. Außerdem sollen Umsiedlungspläne künftig nicht mehr unabhängig überwacht werden. Dies ist besonders brisant in Zeiten, in denen die Weltbank öffentlich erklärt, sich wieder vermehrt bei großen Infrastrukturprojekten wie Mega-Staudämme engagieren zu wollen.

Ob von einem Projekt Indigene betroffen sind, soll künftig der Projektträger selbst entscheiden, bisher hatte dies der IFC zu klären. Ebenso sollen die Projektträger einschätzen können, wie hoch der Schutzwert eines Kulturerbes, etwa prähistorischer Malereien oder historischer Gebäude, ist. In Zukunft sollen Forstprojekte im primären tropischen Regenwald und kommerzieller Holzeinschlag in bedeutenden Naturschutzgebieten möglich werden. Der Gebrauch und die Behandlung radioaktiven Materials soll geregelt werden, bisher war die Unterstützung für Atomkraft oder waffenfähiges Material komplett ausgeschlossen.

Weit reichende Auswirkungen der Überarbeitung

Die Weltbankgruppe und der IFC haben mit den Umwelt- und Sozialstandards im wahrsten Sinn des Wortes Standards gesetzt. 2003 verpflichteten sich internationale Großbanken in den „Equator Principles“ formell, ihre Projekte nach den Umwelt- und Sozialstandards des IFC zu prüfen. Diese Banken decken zusammen mehr als 75 Prozent der internationalen Projektfinanzierung ab. Kaum ein Großprojekt weltweit kann ohne die Beteiligung einer der Unterzeichnerbanken realisiert werden. Die Banken sind gerade dabei, ihre internen Prüfverfahren an die „Equator Principles“ und somit IFC-Prüfstandards anzupassen. Eine Aufweichung der IFC-Standards höhlt auch die Bemühungen anderer Banken für mehr Umwelt- und Sozialverträglichkeit bei ihren Auslandsgeschäften aus. Zahlreiche Equator-Banken zeigen sich daher irritiert ob der Aufweichung der IFC-Standards und der überstürzten Überarbeitung, in die sie bisher nur wenig einbezogen worden sind.

Internationale Umwelt-, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen streiten seit Jahren für eine Stärkung der Umwelt- und Sozialstandards. Statt das alte Regelwerk stärker umwelt- und sozialverträglich auszugestalten, fällt der IFC hinter die Ergebnisse von Rio 1992 zurück. Die erste Forderung der Nichtregierungsorganisationen ist, dem Prozess mehr Zeit zu geben und Input von allen Interessengruppen zu gewährleisten. Eine Verwässerung des Regelwerkes muss verhindert werden. Der IFC als öffentliche Institution muss zudem sicherstellen, dass er seine eigenen Regeln tatsächlich einhält und umsetzt, statt zu versuchen, die Verantwortung auf seine Kunden zu delegieren.

Quelle: urgewald. Weitere Informationen: Von Galen Str. 4, 48336 Sassenberg, Telefon 0 25 83 - 10 31, E-Mail: urgewald@urgewald.de, www.urgewald.de



Weltbankdollars für den Sojakönig

Mangelnde staatliche Präsenz, unzureichender Vollzug der bestehenden Gesetze und fehlendes Rechtsbewusstsein haben die ungeordnete und auf kurzfristigen Gewinn orientierte Entwicklung in Amazonien gefördert, nachdem die Militärs vor 40 Jahren mit der Erschließung begonnen haben

Blairo Maggi ist Gouverneur des brasilianischen Bundesstaates Mato Grosso und war lange Zeit zugleich der weltweit größte einzelne Sojaproduzent. Im September 2004 gewährte die Weltbanktochter IFC dem „Sojakönig“ einen Kredit in Höhe von 30 Millionen US\$. Damit will das Unternehmen die regionalen Lagerkapazitäten für Soja um 250.000 Tonnen erweitern.

Nach Auffassung von Umweltschützern markiert der IFC-Kredit ein besonders „bitteres Mosaiksteinchen“ auf dem Weg zum Ausverkauf des brasilianischen Mittelwestens an (inter-)nationale Agrarkonzerne. Denn schließlich ist die IFC - anders als private Geschäftsbanken - mit einem Entwicklungsmandat ausgestattet. Doch statt ihre Finanzmittel für die Förderung einer armutsorientierten und nachhaltigen Entwicklung im brasilianischen Mittelwesten einzusetzen, fließen die dringend benötigten Gelder an das exportorientierte Agrobusiness - mit fatalen Folgen für viele Menschen und die Natur.

Brasilien ist innerhalb kürzester Zeit zum zweitgrößten Sojaproduzenten weltweit aufgestiegen (Jahresproduktion 2004 rund 50 Millionen Tonnen). Nach dem Willen der Regierung soll die Produktion in den kommenden zehn Jahren nochmals verdreifacht werden. Das bedeutet, die Anbaufläche von derzeit 21,5 Millionen Hektar (2004) muss dramatisch auf rund 100 Millionen Hektar ausgedehnt werden. Dabei beansprucht der boomende Sojaanbau bereits heute große

Flächen bester landwirtschaftlicher Nutzfläche, die der heimischen Bevölkerung unwiederbringlich verloren geht.

Auch aus ökologischer Perspektive sind die Folgen des Sojabooms alarmierend. Selbst nach Auffassung der brasilianischen Regierung stellt die Sojaproduktion derzeit die größte Bedrohung für die brasilianische Primärvegetation dar. Immer mehr ehemals für Weide- und Viehwirtschaft genutzte Flächen werden der Sojaproduktion einverleibt und verdrängen die Viehwirtschaft gen Norden in den Amazonaswald.

Weder das Zerstörungsszenario noch die Verquickung von ökonomischen und politischen Interessen im Fall Maggi hinderten die IFC daran, das Kreditgesuch positiv zu entscheiden. Doch hat die IFC hierbei die Rechnung ohne die Umweltschützer gemacht. Seit Jahren warnt ein breites Bündnis brasilianischer und europäischer Umweltgruppen vor den Folgen des Sojabooms. Ihre anhaltenden Proteste gegen den Maggi-Kredit führten dazu, dass der Fall jetzt noch einmal genau untersucht wird. Zum ersten Mal in der Geschichte der Weltbank ordnete ein Präsident aus eigener Initiative die Untersuchung einer Kreditvergabe durch die Ombudsstelle der IFC an. Die soll nun analysieren, ob die Kreditprüfungen hinreichend waren und inwiefern durch die IFC-Kreditvergabe die Zerstörung Amazoniens verstärkt wird. *Barbara Happe / urgewald*



Kampagne gegen den Sojaboom

Seit BSE steigt der Bedarf. Sojaschrot ist bei uns mittlerweile das wichtigste eiweißhaltige Futtermittel in der Tiermast, mit dem Millionen Schweine, Rinder, Hähnchen und Puten aufgezüchtet werden. Der US-Konzern Bunge fackelt die Naturlandschaft ab und fällt Bäume um mit dem Brennholz Soja zu trocknen

2001 kam Bunge in den brasilianischen Bundesstaat Piauí – die Regierung hatte das Unternehmen unter anderem mit 15 Jahren Steuerfreiheit angelockt, weil sie auf neue Arbeitsplätze und einen Entwicklungsschub für die gesamte Region hoffte. Bisher hat Bunge erst 60 Arbeitsplätze zu schlechten Konditionen geschaffen. Die ökologischen und sozialen Folgen des neuen Sojabooms in Piauí sind verheerend. Bunge ist verantwortlich für die großflächige Abholzung der halbhohe Baumsavanne, für die Vernichtung der Biodiversität, die Verseuchung der Gewässer, Sklavenarbeit auf Soja-Farmen und die Vertreibung der Kleinbauern.

Die noch junge Umweltorganisation Funaguas kämpft gegen den Sojagiganten Bunge und für eine nachhaltige Nutzung der besonders artenreichen Savannenlandschaft Cerrado. Bei Protestaktionen, mit einer eigenen Webseite und einer Zeitschrift werden die Kleinbauern über die katastrophalen Auswirkungen des Sojabooms informiert. Im August 2003 organisierte Funaguas ein Seminar in Urucu mit dem Titel: „Zusammentreffen mit dem Cerrado: Bewirtschaften auf nachhaltige Art und Weise“. Fast 1.000 Personen aus der Region – von Kleinbauern bis zu Behördenvertretern – nahmen teil. Ausgehend von diesem Treffen leitete Funaguas rechtliche Schritte ein, um Bunge zu zwingen, bei der Nutzung des Cerrado nachhaltiger zu agieren.

Auch das Jahr 2005 steht unter dem Stern der Mobilisie-

rung. Fünf regionale Treffen in den am meisten durch den Sojaboom betroffenen Teilen von Piauí sind geplant. Über 60 Gemeinden und mehr als 3.000 Landarbeiter/innen sollen darüber erreicht werden. In der Hauptstadt Teresina startete Funaguas zudem 2003 eine Kampagne mit dem Titel „Pflanze einen Baum, denn dann pflanzt Du Leben“. Mehr als 30.000 Fruchtbäume wurden inzwischen verteilt und gepflanzt.

Rettet den Regenwald will Funaguas finanziell unterstützen. Bitte helfen Sie uns mit einer Spende. Entweder ganz bequem online unter www.regenwald.org oder auf unser Spendenkonto 000 600 463, Sparda-Bank Hamburg, BLZ 206 905 00.

Judson Barros ist Chef von der NGO Funaguas und organisiert Proteste und Klagen gegen die Firma Bunge



Dammbruch bei der Weltbank

Weltbank finanziert wieder Megaprojekte wie den umstrittenen Nam Theun-Staudamm in Laos. Deutschland sitzt mit im Boot

Am 31. März 2005 hat Deutschland bei der Weltbank für einen neuen Mega-Staudamm in Laos gestimmt. Der umstrittene 1,3 Milliarden US Dollar teure Nam Theun 2 Staudamm bedroht die Lebensgrundlage von bis zu 120.000 Menschen. Umweltorganisationen kritisieren, dass die Bundesregierung mit dieser Entscheidung eigene Prinzipien missachtet.

„Die Ministerin Wiezcorek-Zeul behauptet immer, sie würde nur solche Dämme unterstützen, von denen die Bevölkerung vor Ort tatsächlich profitiert. Das Nam Theun 2-Projekt setzt die Bevölkerung vor Ort großen Risiken aus. Das teure Projekt kann zudem für die gesamte laotischen Bevölkerung zum Schuldenklotz am Bein werden“, erklärt Ann Kathrin Schneider vom International Rivers Network.

Der 48 Meter hohe Nam Theun 2 Staudamm soll in Zentrallaos am Theun Fluss gebaut werden, einem Nebenfluss des Mekong. Bauherren sind Electricite de France und zwei thailändische Unternehmen in Zusammenarbeit mit der laotischen Regierung. Der Staudamm wird über 6.000 Menschen direkt vertreiben und die Lebensgrundlage von bis zu 120.000 Menschen zerstören, die flussabwärts von dramatisch zurück gehenden Fischbeständen betroffen sein werden. Die

produzierte Energie soll an Thailand verkauft werden und zu einer Steigerung der laotischen Staatseinnahmen beitragen. Nichtregierungsorganisationen bezweifeln jedoch, dass die Einnahmen tatsächlich zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. „Die Weltbank selbst bewertet die laotische Regierung sehr kritisch, was gute Regierungsführung betrifft. Auch lassen die bisherigen Erfahrungen mit Staudämmen in Laos nichts Gutes hoffen: dort hat sich die soziale Lage der Damm-Betroffenen deutlich verschlechtert, und sie warten vergeblich darauf, dass die Regierung etwas dagegen unternimmt“, erläutert Regine Richter von urgewald.

Mit Nam Theun 2 steigt die Weltbank wieder in die Finanzierung von großen Infrastrukturprojekten ein. Der geplante Damm in Laos verstößt dabei gegen zahlreiche Empfehlungen der Weltstaudammkommission. Diese Tatsache und die Wahl des stellvertretenden US-Kriegsministers Paul Wolfowitz zum neuen Präsidenten der Weltbank machen einen neuen Trend deutlich: Die Weltbank wird wieder stärker Mega-Projekte fördern ohne Rücksicht auf betroffene Menschen und Umwelt. Statt Armut zu bekämpfen, die eigentliche Aufgabe der Bank, werden die Armen bekämpft.

Weltbankkredit für Landräuber

Weltbanktochter finanziert in Brasilien Unternehmen, das indigenen Völkern Land gestohlen hat. Rettet den Regenwald fordert die Rücknahme

Im Februar 2005 versammelten sich rund 350 Indigene in dem Dorf Comboios im brasilianischen Bundesstaat Bahia. Einziger Tagesordnungspunkt: Eine neue Eukalyptus-Zellstofffabrik von Aracruz, für die die Weltbanktochter IFC Ende 2004 einen Kredit in Höhe von 50 Millionen US Dollar bewilligt hatte – angeblich, weil das Unternehmen vorbildlich sei.

40 Jahre, so berichten indigene Vertreter, hätten sie sehr gut gelebt. „Wie haben gejagt, gefischt, Bienen gezüchtet und Korn und Maniok angepflanzt. Wir waren unabhängig und frei.“ Seit Aracruz Celulose auftauchte, hätten sie ihr Land, ihre Wälder und ihre Flüsse verloren. „Wir sind immer ärmer geworden und heute Gefangene des Aracruz-Projektes.“

Die Eukalyptus-Zellstofffabrik von Aracruz hat eine Produktionskapazität von 900.000 Tonnen pro Jahr, die Inbetriebnahme ist für Mitte 2005 vorgesehen. 70.000 Hektar Eukalyptusplantagen gehören zu dem Projekt.

1979 hatten die indigenen Gemeinden der Tupinikim and Guarani in Bahia begonnen, für ihre Landrechte zu kämpfen, die ihnen laut Verfassung zustehen. 1997 bescheinigte die brasilianische Indianerbehörde Funai, dass den beiden Stämmen gut 18.000 Hektar Land gehören würden. Bis heute wurde davon nur ein Teil übergeben. Etwa 11.000 Hektar befinden sich noch immer im Besitz von Aracruz Celulose.

1998 hatte Aracruz Celulose Druck auf die Regierung des Bundesstaates ausgeübt und erreicht, dass die Justizbehörden das indigene Gebiet auf gut 7.000 Hektar reduzierten. Proteste dagegen wurden von der Polizei mit Gewalt aufgelöst. Anschließend wurden die Tupinikim und Guarani genötigt, eine Vereinbarung zu unterzeichnen, die es Aracruz erlaubt das indigene Land noch 20 Jahre nutzen zu dürfen wenn einige soziale Projekte durchgeführt werden.

Mit diesem Kredit verstößt die Weltbank eindeutig gegen ihre eigene Indigenen-Richtlinie und finanziert ein Unternehmen, das angeblich sozial und ökologisch vorbildlich arbeitet, tatsächlich aber die Rechte der Einheimischen mit Füßen tritt. Im März 2005 hat eine Koalition aus internationalen Umwelt- und Menschenrechtsgruppen einen Protestbrief an den Weltbankpräsidenten geschickt. Während der IFC argumentiert, Aracruz habe eine wichtige wirtschaftliche Funktion für die Region, legten die Nichtregierungsorganisationen das soziale und ökologische Sündenregister des Unternehmens vor. In der Vergangenheit hatte Aracruz unter anderem für die Anlage von Eukalyptusplantagen bereits 50.000 Hektar Atlantischen Regenwald zerstört und Agrargifte eingesetzt, die die Flüsse vergiften haben. Gemeinsam mit anderen Organisationen fordert Rettet den Regenwald vom IFC, den bewilligten Kredit zurück zu nehmen und stattdessen in Bahia in eine nachhaltige Entwicklung zu investieren.



Mit Zustimmung der Bundesregierung hat die Weltbank häufig ökologisch und sozial katastrophale Kredite vergeben. Bekunden Sie durch Ihre Unterschrift unsere Forderung an die Bundesregierung:

Unterstützen Sie bitte keine Kredite für Landräuber und setzen Sie sich für eine Verschärfung der Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank ein

Name	Vorname	Straße	PLZ und Ort	E-Mail	Unterschrift

Indianergebiet in Brasilien anerkannt

Nach 13 Jahren dauernden Kampagnenarbeit großer Jubel bei Pro Regenwald:
Mehr als 15.000 Indianer können in ihrer Heimat bleiben



Hoffnung für die Indianer von Raposa/Serra do Sol. Ihr Land darf nur mit Sondergenehmigungen betreten werden

Brasiliens Präsident Lula hat Mitte April das Dekret zur Anerkennung des Indianergebietes Raposa/Serra do Sol unterzeichnet. Für die über 15.000 Indianer des 1,74 Millionen Hektar großen Gebietes, das im nördlichsten Teil Brasiliens an der Grenze zu Venezuela und Guayana liegt, endet damit ein über 30 Jahre dauernder Kampf um traditionelle Landrechte erfolgreich.

Raposa/Serra do Sol ist eines der größten und das umstrittenste Indianergebiet Brasiliens. Die Gegner der Landrechtsvergabe wollten landwirtschaftlich nutzbare und rohstoffreiche Ländereien aus dem Indianergebiet ausgespart sehen. Die Militärs fürchteten, dass sie nach Anerkennung ihren Aufgabe, die Grenzen zu sichern, nicht nachkommen könnten. Zahlreiche Indianer bezahlten den Kampf um das verfassungsgemäß ihnen zustehende Land mit ihrem Leben.

Laut dem Präsidenten-Dekret werden nur eine Garnison und die Stadt Uiramutá an der Grenze zu Guayana, sowie wichtige Straßen und Stromleitungen zum Zwecke der Lan-

desverteidigung und der Grundversorgung aus dem Gebiet ausgespart. Die Bewohner von drei Dörfern, 47 kleineren Farmen und 16 größeren Reisfarmen müssen innerhalb eines Jahres in andere Gebiete umgesiedelt und entsprechend entschädigt werden. Der Zugang ins Gebiet ist außer Beamten der Bundesregierung nur solchen Nicht-Indianern gestattet, die eine Sondergenehmigung haben und den Indianern keinen Schaden zufügen.

Für die Münchner Organisation Pro Regenwald ist die Anerkennung des Gebietes einer der größten Erfolge der Vereinsgeschichte. Über 13 Jahre standen die zum Großteil ehrenamtlich arbeitenden Aktivisten den Indianern unterstützend zur Seite und koordinierten die Solidaritätsarbeit für europäische Verbände. Vor rund einem Jahr hatte auch Rettet den Regenwald mit einer Protestmail-Aktion den Kampf der Indianer unterstützt.

Buchbesprechung

Wirtschaftskiller packt aus

Der Amerikaner John Perkins enthüllt die Machenschaften der Weltbank

Mit 26 Jahren wurde John Perkins von der National Security Agency der USA angeworben und reiste für die internationale Beratungsfirma Main durch die Welt. Sein Job war es, mit Hilfe manipulierter, scheinbar wissenschaftlich fundierter Machbarkeitsstudien und Wirtschaftsprognosen politische Maßnahmen umzusetzen, um die Interessen der US-amerikanischen und internationalen Koalition von Regierungen, Banken und Unternehmen zu fördern.

„Wirtschaftskiller sind hochbezahlte Profis, die Staaten um Milliarden betrügen“, erzählt Autor John Perkins. „Sie leiten Gelder von Organisationen wie der Weltbank und Entwicklungshilfe in die Taschen von Groß-Unternehmen. Ihre Methoden: gefälschte Finanzberichte, Bestechung, Erpressung, Sex und Mord. Ich muss es wissen. Ich war ein Wirtschaftskiller.“

Jetzt hat der heute 60jährige ein Buch veröffentlicht. In „Bekenntnisse eines Economic Hit Man“ enthüllt John Perkins, wie er Entwicklungsländer mit geschönten Gutachten für Großkredite begeisterte und dadurch in den Staaten eine Schuldenspirale in Gang setzte. „Nach einiger Zeit haben wir gesagt: Seht doch, ihr schuldet uns eine Menge Geld, ihr könnt eure hohen Schulden nicht bezahlen“, erklärt der ehemalige Wirtschaftskiller. „Gebt uns billiges Öl. Oder stimmt bei der nächsten UN-Versammlung mit uns. Oder unterstützt uns militärisch. Kurz gesagt: Wir haben unsere Beute gefordert.“

„Bekenntnisse eines Economic Hit Man“, Riemann 2005, ISBN: 3570500667, 19 Euro, Quelle: 3sat / Kulturzeit



Rettet den Regenwald e.V. Shop

Kreuzen Sie einfach die Artikel an, die Sie bestellen möchten und senden Sie diese Seite an Rettet den Regenwald e.V. Friedhofsweg 28, 22337 Hamburg Absender nicht vergessen!

Oder Sie bestellen die Artikel Online unter www.regenwald.org



- Malbücher für Kinder**
Mein Regenwald-Malbuch und Pico, der kleine Papagei
Beide Bücher sind zum Ausmalen und enthalten ein leicht lesbare Geschichte
Beide Bücher Euro 5,00
Jedes weitere Exemplar Euro 1,00



- CD Abenteuer Regenwald**
mit Geräuschen und Gesängen aus dem Regenwald Ecuadors
Euro 15,00



- Rauchopfer**
Die tödlichen Strategien der Tabakmultis, 176 Seiten, zahlr. s/w-Fotos
Euro 9,90



- Aufkleber**
Klein
10 Stück
Euro 5,00
- Plakat**
2 Stück
Euro 5,00
- Textiltasche mit Regenwald-Aufdruck**
Euro 2,00

Herzlichen Dank für Ihre Hilfe!

Mit Ihrer Spende helfen Sie wirksam dem Regenwald. Ihre Spende können Sie von der Steuer absetzen. Bis zu 100 Euro genügt dieser Zahlungsbeleg zusammen mit dem Kontoauszug als vereinfachter Spendennachweis. Bei einer höheren Spende erhalten Sie Anfang des nächsten Jahres automatisch von Rettet den Regenwald e. V. eine Spendenbescheinigung.

ZUWENDUNGSBESTÄTIGUNG

zur Vorlage beim Finanzamt. Rettet den Regenwald e. V. ist durch Bescheinigung des Finanzamtes Hamburg-Mitte-Altstadt, St.-Nr. 17/453/00916, vom 16.12.2004 als gemeinnützig anerkannt und nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes Hamburg-Mitte-Altstadt, Steuernummer 17/453/00916 vom 6.2.2002 für die Jahre 2001 bis 2003 nach Paragraph 5 Abs.1 Nr.9 des KStG von der Körperschaftsteuer befreit. Wir bestätigen, dass es sich nicht um Mitgliedsbeiträge, sonstige Mitgliedsumlagen oder Aufnahmegebühren handelt und die Zuwendungen nur zur Förderung des Umweltschutzes (im Sinne der Anlage 1 - zu Paragraph 48 Einkommenssteuerrückführungsverordnung Abschnitt A Nr. 5) im Ausland verwendet wird.

In eigener Sache

Rettet den Regenwald e.V. hat ein neues Logo (siehe oben links). Außerdem überarbeiten zur Zeit unsere Website. Eine klare und einfache Navigation zu den Informationen stehen in Vordergrund.

Werden Sie aktiv

Regenwaldschutz braucht viele Hände und viele Köpfe. In unserem magazin Regenwald Report und auf unseren Websites (www.regenwald.org und www.abenteuer-regenwald.de) finden Sie Aktionen um die Rettung der Regenwälder zu unterstützen.

Wie Sie zum Beispiel helfen können

1. Sammeln Sie für unsere Aktionen in der Schule, am Arbeitsplatz, im Sportverein oder privat
2. Geben Sie den Regenwald Report weiter
3. Besuchen Sie unsere Website für aktuelle Informationen
4. Wir informieren Sie gerne wenn wir Ihre E-Mail-Anschrift bekommen
5. Schalten Sie unsere neuen Banner, jetzt auf unsere Website zu finden

Mehr Ideen zum Mitmachen finden Sie Online!

Ja, ich möchte helfen und werde Fördermitglied

Ich möchte Rettet den Regenwald regelmäßig unterstützen. Weil ich mehr für Umweltschutz statt Bankgebühren bin, erteile ich *Rettet den Regenwald e.V.* diese Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Ich zahle: monatlich 1/4jährlich jährlich

30 Euro 60 Euro 120 Euro Euro

ab Monat Jahr

BLZ Konto

Geldinstitut

Datum/Unterschrift



Absender:

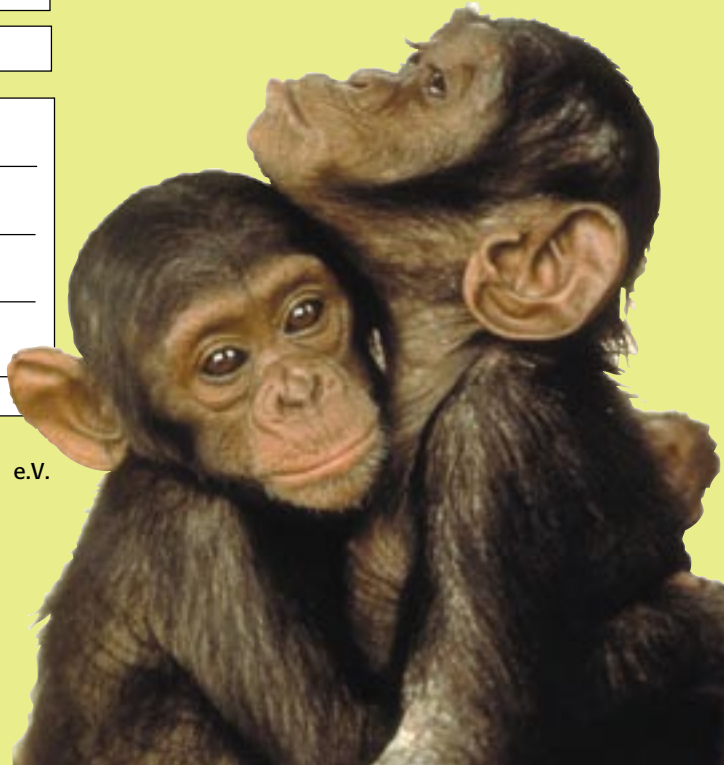
Vorname, Name

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

E-Mail

Die angegebenen Daten werden unter strenger Beachtung der Datenschutzvorschriften automatisch zum Zweck von Rettet den Regenwald e.V. bearbeitet. Sie werden keinem Dritten zugänglich gemacht.



Geschenk-Abonnement

Wer ein Jahres-Abonnement des Regenwald Reports verschenken möchte, sendet uns 10 Euro im Briefumschlag. **Empfängeranschrift nicht vergessen!**

Überweisungsauftrag / Zahlschein

(Name und Sitz des beauftragten Kreditinstituts)

(Bankleitzahl)



Herzlichen Dank für Ihre Spende

Rettet den Regenwald e.V.
Friedhofsweg 28 · 22337 Hamburg

Beleg/Quittung für den Auftraggeber

Konto-Nr. des Auftraggebers

Empfänger (max. 27 Stellen)

Rettet den Regenwald e.V.

Konto-Nr. des Empfängers

0000 600 463

Sparda-Bank, Hamburg

Bankleitzahl

206 905 00

Spende

EUR
EURO

Betrag

Name des Spenders

PLZ und Straße des Spenders (max. 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler, Name, Ort (max. 27 Stellen)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

19

SPENDE

Empfänger
Rettet den Regenwald e.V.
Friedhofsweg 28 · 22337 Hamburg

Kto.-Nr bei
0000 600 463
Sparda-Bank Hamburg

Verwendungszweck
Spende

Euro

Auftraggeber/Einzahler (genaue Anschrift)

Datum

Quittung des Kreditinstituts bei Barzahlung

Datum

Unterschrift